

Die Abrechnung mit den Christlichsozialen.

In dem sozialdemokratischen Wahlprogramm werden die Wähler und Wählerinnen aufgefordert, mit jenen Abrechnung zu halten, die den Krieg verschuldet haben. Und dazu sollen die Christlichsozialen gehören. Von dieser Partei sollen die Wähler und die Wählerinnen Rechenschaft verlangen „im Namen unserer Toten, die in fremder Erde ruhen! Rechenschaft im Namen der Hunderttausende Witwen und Waisen! Rechenschaft im Namen all derer, die zu Krüppeln geworden sind und die im Schützengraben ihre Gesundheit verloren haben, im Namen unseres ganzen, durch den Krieg verelendeten, dem Hunger und der Kälte preisgegebenen Volkes. Drum fort mit den Christlichsozialen.“ Die Schuldfrage am Kriege soll also in der Wahlzeit benützt werden, um einen skrupellosen Stimmenfang zu betreiben! Als sachlicher Kampf kann dieser summarische Vorwurf nicht bezeichnet werden. Die Christlichsozialen sind weder für das Ultimatum an Serbien noch für die Kriegserklärung verantwortlich. Ihr Einfluß auf die Auslandspolitik des alten Osterreichs war gleich Null und die geringe Zahl ihrer Vertreter im Abgeordnetenhaus (67 von 516 Abgeordneten) wäre auch dann nicht ausschlaggebend gewesen, wenn dem Parlament ein entscheidendes Wort über Krieg und Frieden zugekommen wäre. Wenn vereinzelt Zeitungen und Politiker in allen Lagern die Stimmungsmache des Ministeriums des Außern unterstützten, so geschah das in der ehrlichen Überzeugung, daß die Interessen des Vaterlandes es verlangen und daß die berufenen Leute, die dank der Geheimdiplomatie sich nicht in die Karten schauen ließen, auch die Fähigkeit und den guten Willen besitzen, das Beste für das Vaterland und seine Bewohner anzustreben. Die christlichsoziale Partei hat immer entschieden eine Friedenspolitik nach innen und nach außen gemacht, es gab im alten Parlament keine Partei, die mit solchem Eifer an der Annäherung und Ausöhnung der Nationen arbeitete. Nach außen hielt sie, ebenso wie die Sozialdemokratie, an dem Dreibunde, in welchem allgemein eine Bürgschaft für den Frieden erblickt wurde, fest, nur mit dem Unterschied, daß sie ihre Zweifel über die Verlässlichkeit Italiens offen zum Ausdruck brachte. Es war gerade die sozialdemokratische Presse, die dieses berechnete Mißtrauen gegen Italien als

„Merikale Ränke und Mächenschaften gegen den Frieden“ brandmarkte. In dieser Frage haben aber die Christlichsozialen besser in die Zukunft geschaut als die Sozialdemokraten.

Der Weltkrieg war unvermeidlich, das wußten auch die Sozialdemokraten, der Mord von Sarajevo war nicht die Ursache, sondern nur der Anlaß des Krieges, der Funke, der das aufgehäuften Pulver zum Entzünden brachte. Zu wiederholten Malen haben die Sozialdemokraten geschrieben und erklärt, daß Rußland und die Entente die tiefste Ursache des Krieges gewesen sind. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb am 15. August 1914: „Das ist dieser Krieg, denn er ist der Krieg der Einkreisung, der Krieg, den die Entente Rußlands, Frankreichs und Englands seit Jahren vorbereitet hat, der Krieg, der das deutsche Volk zurückzuschleudern soll in Machtlosigkeit und Elend. Rußland hat ihn in Szene gesetzt“. Wie diejenigen, die jetzt die Christlichsozialen der Schuld an dem Weltkriege anklagen, in den Entscheidungstagen des Kriegsausbruches geschrieben haben, das scheint man im sozialdemokratischen Lager jetzt in der Wahlzeit vergessen zu haben. Damals war es der Weltkrieg des Zaren, und die „Arbeiter-Zeitung“ (1. August 1914) konnte schreiben: „Die gesamte europäische Menschlichkeit soll sich zerschleichen, weil die serbischen Machthaber es wünschen und weil der Zarismus an ihr verrücktes Treiben sein armseliges Prestige geknüpft wähnt. Ganz Europa soll entflammen wegen Serbien.“ Und am 2. August 1914 beteuerte derselbe sozialdemokratische Häuptling: „Nichts kann die Handlungsweise des Zaren, die den Weltkrieg heraufordert, rechtfertigen. Wie auch immer Nikolaus der Zweite sein Verhältnis zu Serbien und den Pflichten seiner Schutzherrslichkeit auf dem Balkan abwägen möge: Weder Osterreich-Ungarn noch gar Deutschland, das sich aller kriegerischen Vorkehrungen enthielt, haben auch nur das Mindeste getan, das sich unmittelbar gegen Rußland, seine Sicherheit und Ehre lehrte, keine Rüstung, keine Kriegsmaßregel geschah an der russischen Grenze.“ Der holländische Sozialistenführer Troelstra erklärte nach der „Arbeiter-Zeitung“, 1. Juni 1915: „Der Krieg ist einerseits unter der Nachwirkung der Annexionspolitik von 1871, andererseits durch den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen England und Deutschland entstanden.“ Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ schreiben

konnte: „Auf der Seite der Gegner handelt es sich um Revanche, Machterweiterung, Weltmacht und Weltmacht, auf der anderen Seite des deutschen Volkes nur schlicht und einfach um das Leben, das ihm die Nachbarn nicht gönnen wollen“, dann war es begreiflich, daß die Sozialisten in Deutschland für die Kriegsauslagen stimmten, daß in diesem Verteidigungskrieg ein hervorragender sozialdemokratischer Führer, Frank, als Freiwilliger einrückte und mit dem Heldentod das Gelöbnis des Durchhaltens besiegelte. Aber ist es bei den Sozialdemokraten ganz in Vergessenheit geraten, was die „Arbeiter-Zeitung“ am 22. Oktober 1915 über den Ursprung des Krieges schrieb: „Es ist so, wie es hier (im „Fremdenblatt“) vorgestellt wird, daß Serbien, getrieben von Rußland, das in ihm ein Werkzeug zur Zerstörung des Nationalitätenstaates erblickte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn nährte und daß deshalb Österreich, wie es gesagt wird, gegen Serbien endlich Ernst machen mußte. Es ist ebenso richtig, daß sich die Ausdehnungs- und Eroberungstendenz, die Rußland in den ihm zum Verhängnis gewordenen Krieg geführt hat, gegen den Nationalitätenstaat richtete, von dem es vermeinte, an ihm eine der panslawistischen Idee entsprechende Beute machen zu können, wobei Deutschland in Erfüllung seiner Bündnispflicht in den Konflikt geriet, der dann freilich auch alle alten Feindschaften gegen Deutschland selbst zur Reife brachte, wie wir es wiederholt dargelegt haben; um unser Sein, um Bewahren und Erhalten des Nationalitätenstaates ging es, da der Weltkrieg ausbrach.“ Die Sozialdemokratie hat erst vor kurzem festgestellt, wer die Schuld am Kriege trägt. Schrieb doch die „Arbeiter-Zeitung“ am 26. November 1918: „Der Berchtold, ein und zwei seiner Helfer, der Hötzendorf, der Stürgkh und der Tisa — waren da, hatten alle Macht in den Händen und konnten diesen frevlen Übermutskrieg entfesseln.“ Das waren aber alles andere, nur nicht Christlich-soziale. Wenn diese Leute alle Macht hatten, dann trifft die Schuld diese Personen allein.

Die Sozialdemokratie wird aber gut tun, nicht zusehr mit Steinen herumzuwerfen, denn sie sitzt selbst im Glashaufe. Haben nicht französische Sozialisten ihre Regierung unterstützt, die eine kriegerische Auslands politik verfolgte und sich mit dem Zaren verbunden hatte. Die „Arbeiter-

Zeitung" schrieb am 2. August 1914: „Es ist ein grauenhaft lächerlich'r Gedanke, daß dieses Frankreich der Demokratie und der bürgerlichen Freiheit, das niemals so friedliebend war, wie in den letzten Jahren, das in diesen Jahren der Krise so deutlich, wie nun das deutsche Volk selbst, jeden Abscheu vor dem Kriege befandete, nun Hekatomben von Menschen darbringen und schlachten soll, bloß damit sich der Zar seines Protektorates über Serbien ungestört freut. Das Bündnis der Republik mit dem nordischen Absolutismus war eine Verbindung wider die Natur.“ Dieses Bündnis hat das zaristische Rußland ermuntert, der Unruhefister am Balkan zu sein. Und wenn schon unter den politischen Parteien die Schuldigen an dem Kriege gesucht werden, dann dürfen die französischen Regierungssozialisten nicht vergessen werden, die an dem Bündnis mit dem zaristischen Rußland keinen Anstoß nahmen und im Kriege ihren Führer Thomas zum Leiter des Munitionsministeriums machten, dessen Tätigkeit darauf gerichtet war, „den Brudermord bis auf den letzten Blutstropfen“ zu verlängern. Die Sozialdemokratie hat um so weniger Ursache, ein Monopol für den Weltfrieden in Anspruch zu nehmen, da die Vorgänge in Rußland, in Berlin uns vor Augen führen, wie der innere Friede aussieht, wenn die Sozialisten untereinander um die Erringung der politischen Macht kämpfen. Der Sozialistenkrieg in Berlin gibt den Neumärzisten recht, die im Kriege etwas naturnotwendiges erblicken und vor der Machtpolitik ihren Notau machen. Wir brauchen nicht Hamisch, Hellmann oder Lensch, die Männer der „Glocke“, zu zitieren, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten selbst nicht einig sind in ihrer Stellungnahme zum Kriegsproblem. Aus der Feder des Dr. Renner, der jetzt an der Spitze der Regierung steht und zu den hervorragendsten Führern der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gehört, ist ein Buch über „Marxismus, Krieg und Internationale“ erschienen. Den Krieg betrachtet er als ein Mittel zur Vereinigung der Nationen, denn er meint, daß „die allermeisten Kriege, in denen man herkömmlicherweise bloße Eroberungskriege sieht, die Aufgabe vollzogen haben, bestehende oder werdende Markt- und Wirtschaftsgemeinschaften zu sichern in der Form von Staatsgemeinschaften, also nicht völkerhemmende, sondern völkerverbindende Kriege gewesen sind“.

Man könnte meinen, daß diese freundliche Beurteilung der allermeisten Eroberungskriege schon das äußerste sei, wohin ein Sozialdemokrat gelangen könne, aber sie ist das nicht. Denn an einer andern Stelle heißt es: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in der Zukunft die Welt ihre Ordnung finde im Wegekriegerischer Auslese, daß diejenige Macht, die sich als die stärkste Organisation erweist, auch durch die Geschichte zum größten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird, die Richterin, Walterin und Rechtsschöpferin der Völker.“ Das ist eine offene Verbeugung vor der Machtpolitik, die tatsächlich zum Kriege geführt hat. Die wahre Schuldfrage ist aber von der ethischen Frage nicht zu trennen. Nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern die Menschen machen Geschichte. Der Materialismus, den die Sozialdemokratie zu ihrer Weltanschauung erkoren hat, die Absage an Gott und seine Gebote, das war die tiefste Ursache dieser schrecklichen Weltkatastrophe. Militarismus, Imperialismus, aber auch Sozialismus, das sind nur verschiedene Bezeichnungen für Machtbestrebungen, die dem gleichen Geiste des Materialismus entspringen. Auch der Sozialismus, wie er sich in den Straßen von Berlin auslebte, verläßt sich auf Macht und Gewalt und ist der größte Feind des Friedens. Gemeinsam war die Schuld der Welt. Statt einzelne Parteien der Schuld anzuklagen, wäre es gerechter und edler, eine allgemeine Gewissensforschung anzustellen, bei der die Sozialdemokratie sicher nicht als der reine Engel erscheint, wie sie sich jetzt in der Wahlzeit den Volksmassen vorstellt.

Anhang.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm.

Am 16. Februar werdet ihr die verfassungsgebende Nationalversammlung wählen. Das Volk ist frei geworden, sein Geschick selbst zu bestimmen. Die Nationalversammlung, die ihr alle, Männer und Frauen, in voller Freiheit wählen werdet, wird unsere Staats- und Gesellschaftsverfassung festsetzen. Es gibt kein Herrenhaus mehr, dessen Zustimmung ihre Beschlüsse brauchen würden. Es gibt keinen Kaiser mehr, ohne dessen Genehmigung ihre Beschlüsse nicht in Wirksamkeit